

Die Bundesrepublik Deutschland hat ausgezeichnete zweiseitige Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt. Von dem Geist dieser zweiseitigen Beziehungen ist auch unser Wille zur Kooperation in den Vereinten Nationen bestimmt. Beide Seiten sollten das Kapital der zweiseitigen Beziehungen im Interesse einer konstruktiven Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen einsetzen. Es geht um die Vereinten Nationen selbst, um die Einsicht, daß sie in einer Welt, in der jeder von jedem abhängt, nur dann ihren Beitrag zur Lösung der gemeinsamen Probleme leisten können, wenn die ungeschmälerte Breitschaft zur Kooperation, zur Verhandlung und zum fairen Kompromiß auf allen Seiten erhalten bleibt.

Herr Generalsekretär, Sie haben kürzlich mit Recht darauf hingewiesen, daß wir nicht nur die Mängel der Weltorganisation sehen dürfen, sondern daß wir ebenso eingestehen müssen, daß es keine Alternative zu der internationalen Zusammenarbeit gibt, die die Vereinten Nationen ermöglichen. Ich freue mich, daß wir heute Abend Sie, Herr Generalsekretär, den entschlossenen Verfechter der internationalen Zusammenarbeit, in unserer Mitte haben. Wir bekunden Ihrer unermüdeten Arbeit unter vorbehaltlosem Einsatz der eigenen Person im Dienste der gemeinsamen Aufgaben unsere Bewunderung und unseren Respekt.

Herr Generalsekretär, ich wünsche Ihnen die erfolgreiche Fortführung der Arbeit in Ihrem hohen Amt und verbinde damit meine herzlichen Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen.

Tischrede des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Karl-Hans Kern, MdB, anlässlich eines dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim, und seiner Begleitung vom Vorstand der DGVN gegebenen Essens

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, Verehrte gnädige Frau, Meine Damen und Herren! Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen ist in schwierigen Zeiten immer in der Rolle des Leidensgenossen der Weltorganisation. Wenn die Kritik an den Beschlüssen der Vollversammlung die Vereinten Nationen überhaupt in Frage stellt, dann sind davon nicht nur die offiziellen Organe der Vereinten Nationen betroffen, sondern auch diejenigen, die die UNO-Charta und die dort niedergelegten Ziele für richtig halten und sich öffentlich dafür einsetzen. Unsere Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen empfindet es daher als eine große Ehre, daß Sie, Herr Generalsekretär, uns durch Ihr Auftreten in der Bundesrepublik in unserem Bemühen um Verständnis für die Weltorganisation unterstützen.

Unsere Gesellschaft, die seit dem Jahre 1952 besteht, hat sich zum Ziel gesetzt, die Ideen der Charta der Vereinten Nationen zu verbreiten und um Verständnis dafür zu werben. Sie hat sich gleichzeitig immer als kritischen Begleiter der eigenen Regierung verstanden, aber auch aufmerksam die Entwicklung in den Vereinten Nationen beobachtet. So haben wir beispielsweise unsere Regierung öffentlich bedrängt, das Ratifizierungsverfahren für die beiden Menschenrechtskonventionen zu beschleunigen und haben auch zum Beitritt als volles Mitglied der Vereinten Nationen nach Klärung des innerdeutschen Verhältnisses aufgefordert. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit zur Aufklärung der Öffentlichkeit mit einer Entschließung unseres Vorstands beigetragen, in der wir die Sachverhalte bei den Palästinaabstimmungen während der 29. Generalversammlung darlegten.

Obwohl wir eine kleine Gesellschaft sind, versuchen wir, aktuelle Fragen in einer eigenen Forschungsstelle zu analysieren und Beiträge zu einem besseren Verständnis der Vereinten Nationen zu leisten. Wir haben gegenwärtig ein Handbuch der Vereinten Nationen in Vorbereitung. Wir planen gemeinsam mit unserer Schwestergesellschaft, der Holländischen UNA, ein Symposium über den internationalen Waffentransfer und wir sind in vorbereitenden Gesprächen zu einer Analyse der Frage, wie ein Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung gefunden werden kann.

Gewiß müssen wir zugeben, daß die Resonanz auf die Arbeit unserer Gesellschaft nach gering ist. Aber gerade deswegen ist uns Ihr Besuch in der Bundesrepublik eine große Hilfe, weil er gewiß dazu beitragen wird, in der deutschen Öffentlichkeit mehr Verständnis für die Vereinten Nationen zu wecken.

Bessere Möglichkeiten für die Arbeit unserer Gesellschaft erwarten wir auch, wenn im zweiten Halbjahr dieses Jahres die wichtigsten Dokumente der Vereinten Nationen in deutscher Sprache erscheinen und wir als die zentrale Informationsstelle für UN-Fragen das Informationsbedürfnis der interessierten Kreise noch besser befriedigen können als bisher.

Mit meinem Dank an Sie, Herr Generalsekretär, verbinde ich den aufrichtigen Wunsch, daß die durch nichts zu ersetzende Arbeit der Vereinten Nationen im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Überlebenschancen für alle Völker dieser Welt einen guten Fortgang nimmt.

Ich erlaube mir daher, das Glas zu erheben auf Ihr persönliches Wohl, auf das Wohl Ihrer verehrten Frau Gemahlin und auf das Wohl der Weltorganisation der Vereinten Nationen.

Die Vereinten Nationen am Scheideweg?

RÜDIGER FRHR. VON WECHMAR

I

Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York, Botschafter Freiherr von Wechmar, hat in München auf Einladung vor der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in Deutschland am 15. Januar 1975 einen Vortrag gehalten, den wir nachstehend wiedergeben.

Genau vor vier Wochen (am 20. Dezember 1974) ging die 29. Generalversammlung der Vereinten Nationen zu Ende. Es war eine denkwürdige Sitzungsperiode. Unerwartet fanden die Vereinten Nationen in der westlichen Presse die Aufmerksamkeit, die ihnen seit Jahren nicht mehr zuteil geworden war. Es war eine kritische Aufmerksamkeit. Die Kommentare in unseren Blättern waren weithin beherrscht von negativen Urteilen.

Lassen Sie mich zunächst an einige Entscheidungen erinnern, denen in den vergangenen Monaten die Schlagzeilen galten: Da war erstens der Beschluß der Mehrheit, das Beglaubigungsschreiben der südafrikanischen Delegation für die Generalversammlung nicht anzuerkennen und die damit verbundene Interpretation des algerischen Präsidenten, diese Entscheidung bedeute, daß die Vertreter Pretorias nicht an der 29. Generalversammlung teilnehmen könnten. Dies lief praktisch auf eine Suspendierung der Mitgliedsrechte Südafrikas hinaus, auf eine Maßnahme also, die nach der VN-Charta von der Generalversammlung nur aufgrund einer vorherigen Empfehlung des Sicherheitsrates getroffen werden kann. Der Sicherheitsrat jedoch hatte kurz zuvor durch ein Veto der drei ständigen Mitglieder des Westens abgelehnt, eine solche Empfehlung auszusprechen. Kurz gesagt: Zum ersten Mal in der

Geschichte der Vereinten Nationen waren die Teilnahmerechte eines Mitglieds, und sogar eines Gründungsmitglieds, empfindlich beschränkt worden. Diese Beschränkung war zudem in einer Form erfolgt, die sich nach westlicher Auffassung über die Charta hinwegsetzte. Die Bundesrepublik Deutschland hat, ebenso wie andere westliche Staaten, gegen diese Entscheidung gestimmt.

Danach stand zweitens nach mehr als 20jährigem Schweigen zum ersten Mal das Kernproblem des Nahostkonflikts — die Palästinafrage — wieder auf der Tagesordnung einer Generalversammlung. So gerechtfertigt und so notwendig die Erörterung dieser Frage war, so schien jedoch die Art der Behandlung vielen Kommentatoren im Westen der Lösung des Problems eher abträglich zu sein: Die Mehrheit der Generalversammlung bezeichnete zunächst (gegen unsere Stimme) die Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO) als die Vertreterin des Palästinensischen Volkes und lud sie ein, an der Debatte teilzunehmen. Die Delegierten der PLO zogen dementsprechend in die Kuppelhalle des Plenarsaals ein, und ihr Anführer, Arafat, wurde vom algerischen Präsidenten der Generalversammlung gegen alle bisherige Praxis wie ein Staatsoberhaupt behandelt und begrüßt: Zwar keine offene Verletzung des Buchstabens, doch zumindest des Geistes der Charta. In einer weiteren Prozeduralentscheidung wurde sodann das Rederecht der Delegationen auf je eine Erklärung begrenzt. Das lief praktisch darauf hinaus, einer einzigen israelischen Rede eine Vielzahl arabischer Erklärungen gegenüberzustellen.

Umstritten wie ihr Beginn waren auch die beiden Resolutionen, welche die mehrtägige Palästina-Debatte abschlossen: Eine Entschließung gab der PLO den Status eines Ständigen Beobachters. Da die Vereinten Nationen eine Organisation von Staaten sind, steht dieser Status aber nur Staaten oder Staatengruppierungen zu. Die Bundesrepublik Deutschland war selbst viele Jahre ein solcher Beobachter. Acht der neun Länder der Europäischen Gemeinschaft, darunter auch wir, stimmten gegen diese Resolution. Frankreich übte Enthaltung.

Zur Sache verabschiedete die Generalversammlung eine weitere Resolution, die einseitig die Rechte der Palästinenser betonte, so das Recht auf »Rückkehr in ihre Heimstätten« und dasjenige, »mit allen Mitteln in Übereinstimmung mit der VN-Charta ihre Rechte wiederzugewinnen«. Das Existenzrecht Israels hingegen war im Unterschied zu früheren VN-Resolutionen zur Nahostfrage mit keinem Wort erwähnt. Alle neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft verweigerten ihre Unterstützung und enthielten sich der Stimme. Wir betonten ebenso wie andere Mitglieder der Neun sowohl in meiner Rede sowie in meiner Erläuterung zur Stimmabgabe im Plenum mit aller Deutlichkeit das Existenzrecht Israels.

Ein Teil der deutschen Presse hat kritisiert, daß wir nicht auch gegen diese Resolution gestimmt haben. Ich halte diese Kritik für ungerechtfertigt. Zu bedenken ist hier zunächst einmal, daß die neun EG-Staaten mit ihrer Erklärung vom 6. November 1973 schon ein Jahr zuvor eine gemeinsame Nahostpolitik beschlossen hatten. Die legitimen Rechte der Palästinenser, balanciert durch das Lebensrecht Israels in gesicherten Grenzen, wurden in dieser Erklärung ausdrücklich anerkannt. Es war geboten, daß die Neun in dieser zentralen politischen Frage nun auch in den Vereinten Nationen einheitlich abstimmen. Ein Ausbrechen der Bundesrepublik Deutschland aus der gemeinschaftlichen Solidarität hätte bedeutet, einen Beschluß der neun Regierungen umzustößen. Gemeinsamkeit aber war einzig und allein bei gemeinsamer Enthaltung zu erreichen. Man muß sich ferner klar darüber sein, daß Enthaltung — im Gegensatz etwa zum Deutschen Bundestag — in den Vereinten Nationen eine höfliche Form der Ablehnung bedeutet.

Als drittes umstrittenes Thema der 29. Generalversammlung möchte ich schließlich die Resolution über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten erwähnen.

Diese Charta, von der Dritten Welt unter Führung Mexikos eingebracht, enthält eine Reihe von Artikeln, die für uns unannehmbar sind. Dies gilt vor allem von Artikel 2, der die Enteignung von Auslandsinvestitionen allein dem innerstaatlichen Recht des enteignenden Staates unterstellt. Insbesondere soll für die Frage der Entschädigung im Streitfall ausschließlich das Recht des enteignenden Staates gelten. Artikel 5 dieser Charta etabliert das Recht von Staaten, Produzentenvereinigungen für Rohstoffe, im Klartext also Kartelle, zu bilden. Vorbild ist natürlich OPEC. Der Artikel enthält zugleich die Verpflichtung der von solchen Kartellen betroffenen, d. h. benachteiligten, Staaten, dieses Recht auf Kartellbildung zu respektieren und sich aller wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen zu enthalten, welche dieses Recht einschränken könnten.

Die Europäische Gemeinschaft hat versucht, die Abstimmung über diese Charta auf die nächste Generalversammlung zu vertagen, um Zeit für weitere Diskussion und einen Kompromiß zu gewinnen. Als die Entwicklungsländer dies ablehnten, haben die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die USA und Großbritannien gegen die Resolution gestimmt. Wir taten dies in der Überzeugung, daß diese Resolution nicht nur unseren Interessen, sondern auch und vielleicht sogar noch mehr den Interessen vieler Entwicklungsländer selbst schadet. Was die Entwicklungsländer heute neben Kapital vor allem brauchen ist Management, Know-how, ein Netz von Verkaufsstellen für ihre Exporte u. ä. Durch nichts können diese Bedürfnisse besser und effizienter erfüllt werden als durch Privatinvestitionen. Eine Bestimmung wie Artikel 2 der Charta, der zumindest die Befürchtung erweckt, daß solche Investitionen nicht mehr durch internationales Recht geschützt sind, kann nur dazu dienen, westliche Firmen von Investitionen in Entwicklungsländern abzuschrecken. Das gleiche gilt von Rohstoffproduzenten-Kartellen. Eine Mehrheit der Entwicklungsländer ist Netto-Importeur von Rohstoffen. Wirtschaftlich ungerechtfertigte Preiserhöhungen für Rohstoffe würden also dieser Mehrheit schaden und, wie man bei den Ölpreiserhöhungen sieht, noch stärker treffen als westliche Industrieländer. Wie Bundesminister Genscher in seiner Ansprache vor der Generalversammlung sagte: Wo es für uns eine Frage ist, den Gürtel enger zu schnallen, ist es für die ärmsten Entwicklungsländer eine Frage des Überlebens.

II

Die westliche Presse hat die Entwicklungen während der 29. Generalversammlung vorwiegend als Krise der Vereinten Nationen begriffen. Wichtiger für unsere politische Planung ist jedoch ein zweiter Aspekt: Diese Entwicklungen sind Ausdruck einer tiefgreifenden Wandlung der Vereinten Nationen. Um diese Wandlung voll zum Bewußtsein zu bringen, ist es notwendig, den Weg der Weltorganisation kurz zu skizzieren.

Zunächst die Vereinten Nationen der Charta, wie ihre Gründer diese verstanden:

Ein zentrales Organ dieser Vereinten Nationen war der Sicherheitsrat. Er hatte die Aufgabe, den Weltfrieden aufrechtzuerhalten, und ist befugt, notfalls wirtschaftliche und militärische Zwangsmaßnahmen zu beschließen. Für letztere sollten ihm die VN-Mitgliedstaaten Truppen zur Verfügung stellen. Im Sicherheitsrat gaben die fünf Siegergroßmächte von 1945 den Ausschlag, von denen jede mit einem Veto-Recht ausgestattet war.

In der Generalversammlung dagegen hatte jeder Staat gleichberechtigt Sitz und Stimme. Diese Generalversammlung jedoch konnte nur debattieren und empfehlen, und sie konnte nach ursprünglicher Absicht der Gründer (Artikel 12.1 der Charta) nicht einmal dies, sobald der Sicherheitsrat eine Frage an sich zog. Bindende Entscheidungen konnte allein der Sicherheitsrat treffen. Den »harten Kern« der Vereinten Nationen von 1945 bildeten die Großmächte, die sich zum Ziel ge-

setzt hatten, gemeinsam den Frieden aufrechtzuerhalten. Diese Vereinten Nationen der Charta wurden, wie Sie wissen, niemals Realität, denn von Anfang an fehlte die Voraussetzung dafür: Die Einigkeit der Veto-Mächte. Statt zum Instrument für eine Weltregierung entwickelten sich die Vereinten Nationen vielmehr sehr bald zum Forum der beiden Supermächte im Kalten Krieg. Übertragenden Einfluß hatten zunächst die Amerikaner und die westlichen Staaten, die in den ersten zehn Jahren auf eine sichere Zweidrittelmehrheit der VN-Mitglieder zählen konnten. Um dem sowjetischen Veto im Sicherheitsrat auszuweichen, verlagerte die damalige Mehrheit die politische Aktion in die Generalversammlung. Diese wurde damit noch stärker zum nach außen sichtbaren zweiten Schwerpunkt der Organisation und ist dies bis heute geblieben.

Mitte der 50er Jahre begann sich die Situation zu Ungunsten der westlichen Staaten mit der Aufnahme als Mitglieder der neuentkolonialisierten Staaten Afrikas, Asiens und der Karibik zu ändern. Die Sowjetunion vermochte einen Teil der neuen Staaten in den Vereinten Nationen auf ihre Seite zu ziehen und konnte damit die Amerikaner und ihre Verbündeten in der Generalversammlung mehr und mehr blockieren. Anfang bis Mitte der 60er Jahre war so ein Patt entstanden. Nach dem Sicherheitsrat war nun auch die Generalversammlung immer weniger handlungsfähig. Es sind die in dieser Periode der Vereinten Nationen gewonnenen Erfahrungen, die in den Vorstellungen der westlichen wie in der östlichen Öffentlichkeit noch heute nachwirken: Die Vereinten Nationen, ein Debattierklub zum Austausch von Ost-West-Polemik, nützlich im Bereich von Entwicklungshilfe und humanitären Fragen, im eigentlichen politischen Bereich jedoch handlungsunfähig und damit für die »große Weltpolitik« letztlich irrelevant.

Die Entwicklung jedoch ging weiter, und ich glaube, das Gute an der zurückliegenden spektakulären Generalversammlung war, daß eine breitere Öffentlichkeit im Westen aufgeweckt und darauf aufmerksam gemacht wurde. Immer mehr neue Staaten strömten in die Vereinten Nationen ein und immer weniger waren die neuen Staaten bereit, sich einem der beiden Blöcke anzuschließen. Unter dem Namen »Ungebundene« und »Gruppe 77« schlossen sie sich vielmehr selbst zusammen und

gingen dazu über, die Vereinten Nationen systematisch zur Förderung ihrer eigenen Anliegen zu nutzen. Die Formierung der Dritten Welt war Anfang der 70er Jahre abgeschlossen, und die 27. Generalversammlung 1972 war die erste, welche klar unter der Dominanz der Dritten Welt stand.

Heute verfügt die Dritte Welt in der Generalversammlung über mehr als 100 der 138 Stimmen. Sie hat damit — selbst wenn einige Länder von diesem Block bei Einzelabstimmungen absplitteln — eine sichere Zweidrittelmehrheit, mit der sie jede Resolution in der Generalversammlung durchsetzen kann. Sie hat darüber hinaus auch im Sicherheitsrat praktisch eine Mehrheit. Die Großmächte können hier zwar durch Rückgriff auf ihr Veto-Recht Initiativen der Dritten Welt noch blockieren, sie können aber andererseits heute keinen Beschluß mehr gegen den Willen der Dritten Welt durchsetzen. Mit anderen Worten: die Vereinten Nationen sind heute weitgehend in der Hand der Dritten Welt. Sie bestimmt, welche Fragen in der Organisation behandelt werden und wie sie erledigt werden. In den Vereinten Nationen sind nicht die USA, nicht die Sowjetunion, nicht China die einflußreichsten Mächte, sondern Algerien, Tansanien, Mexiko und andere.

Ich wiederhole: Durch die Dominanz der Dritten Welt in den Vereinten Nationen ist die Weltorganisation weithin zu einem Instrument der Entwicklungsländer zur Durchsetzung ihrer Ziele geworden. Welches sind diese Ziele? Lassen Sie mich ein allgemeines Ziel und die konkreten Ziele unterscheiden:

> Das allgemeine Ziel der Dritten Welt ist, die Struktur der Weltpolitik und Weltwirtschaft so zu verändern, daß sie an allen weltpolitischen Entscheidungsprozessen gleichberechtigt teilnimmt. Innerhalb der Vereinten Nationen und des VN-Systems strebt die Dritte Welt in diesem Zusammenhang an, die verbliebenen Privilegien der Großmächte, wie das Veto im Sicherheitsrat und das Prinzip der gewichteten Stimmrechte im Weltwährungsfonds und in der Weltbank, durch Satzungsänderungen abzubauen.

Unter den konkreten Zielen stehen drei im Vordergrund: Es sind dies

1. die Entkolonialisierung: Nachdem mit der Unabhängigkeit der portugiesischen Überseegebiete das älteste und letzte europäische Kolonialreich gefallen ist, richtet sich der

Ein Blick auf das Publikum vor Beginn des Vortrags des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim, am 5. Februar 1975 in Bonn. — In der vorderen Reihe von rechts der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Karl-Hans Kern, MdB; er führte den neben ihm sitzenden Generalsekretär ein und begrüßte ihn mit den auf Seite 4 wiedergegebenen Worten.



Kampf nun konzentriert gegen die weißen Minderheits-herrschaften in Südrhodesien und Südafrika;

2. die Lösung des Nahostkonflikts im arabischen Sinne: d. h. die Rückgabe der von Israel 1967 eroberten ägyptischen und syrischen Gebiete und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser;
3. die Errichtung einer neuen und, wie die Dritte Welt be-tont, »gerechten« Weltwirtschaftsordnung. Der politischen soll die wirtschaftliche Entkolonialisierung folgen.

Noch vor wenigen Jahren lauteten die Forderungen der Drit-ten Welt an die Industrieländer: mehr Kapitalhilfe, mehr technische Hilfe, mehr Handelshilfe (in Form von Zollpräfe-renzen und ähnlichen Förderungsmaßnahmen). Diese Dreiheit der Forderungen prägte noch das 1970 verabschiedete soge-nannte Strategiedokument für die Zweite Entwicklungsde-kade.

Die Staaten der Dritten Welt konnten so in westlicher Sicht vor allem als Länder erscheinen, die Entwicklungshilfe emp-fingen. Dies hat sich heute geändert. Die Dritte Welt will heute über die Ziele der Zweiten Entwicklungsdekade hinaus-gehen. Was nützt, so wird gesagt, seien »gleichmachende Me-chanismen«, die schneller und automatisch (und das heißt von *freiwilligen* Leistungen der Industrieländer unabhängig) wir-ken. Angestrebt wird also eine Ablösung des bisherigen Welt-wirtschaftssystems durch ein System, das solche automatisch wirkenden Umverteilungsmechanismen verkörpert:

- > Im Bereich des Welthandels bedeutet dies eine Umkehrung der bisherigen Austauschbedingungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die Industrieländer, so behauptet die Dritte Welt, seien reich geworden, indem sie die Rohstoffe der Entwicklungsländer billig einkauften und ihre Fertigwaren teuer verkauften. Jetzt sei es an der Zeit, dieses Prinzip »Kaufe billig, Verkaufe teuer« zugunsten der Dritten Welt anzuwenden. — Das sollte mit Hilfe einer Indexierung, d. h. der festen Koppelung der Rohstoffpreise an die steigenden Preise für Industriewaren, geschehen.
- > Im nicht weniger wichtigen Bereich der Auslandsinvestitionen bedeutet die Forderung nach einer neuen Ordnung, daß die Beziehungen zwischen multinationalen Firmen und Gastländern in der Dritten Welt so gestaltet werden, daß der Nutzen der Investition zu einem möglichst großen Teil dem Gastland zufällt. Auch dieses ginge natürlich auf Kos-ten der Entsendeländer, d. h. der Industrieländer.
- > Im Bereich des Weltwährungssystems ist die Hauptforde-rung, eine Verbindung, den sogenannten »link«, zwischen den neu zu schaffenden Sonderziehungsrechten des Welt-währungsfonds und der Entwicklungshilfe herzustellen. Auf diese Weise soll die Dritte Welt durch Zuteilung von Sonderziehungsrechten automatische Entwicklungshilfe er-halten.

III

Ziehen wir nun das Fazit aus dem bisher Gesagten: Die Ver-einten Nationen, ursprünglich darauf angelegt, den Status quo zu wahren — was allmählich friedliche Evolution nicht aus-schloß —, drohen heute unter der Herrschaft der Dritten Welt zu einem Instrument revolutionärer Weltveränderung zu wer-den. Welche Folgerungen für unsere eigene VN-Politik er-geben sich daraus?

In der deutschen, ja in der westlichen Öffentlichkeit überhaupt wurden in den letzten Monaten Stimmen laut, die — vereinfacht ausgedrückt — empfahlen, der Westen solle sich in den Vereinten Nationen »in den Schmollwinkel zurückziehen«. Mir scheint eine solche Empfehlung auf eine kuriose, aber gefähr-liche Verkennung der Weltsituation hinzudeuten. Es ist ja doch nicht so, daß die Vereinten Nationen die Nord-Süd-Probleme erst erzeugen und sich diese Probleme also in nichts auflösen würden, sobald wir nur die Vereinten Nationen ab-schaffen. Die heutige Situation in den Vereinten Nationen ist

vielmehr der Spiegel einer fundamental veränderten Welt-situation.

Mit den Entwicklungsländern ist in die Weltpolitik ein neuer Machtfaktor eingetreten. Wir sind auf die Dritte Welt ange-wiesen für unsere Rohstoffversorgung, für einen Teil unserer Exporte, für Investitionen zur Verlagerung arbeitsintensiver Produktionen, und nicht zuletzt, wir sind angewiesen auf die Mitarbeit der Dritten Welt bei den immer zahlreicher wer-denden Fragen, die sich, wie Umweltschutz oder das neue Seerecht, nur global regeln lassen. Das neue Machtpotential Dritte Welt ignorieren zu wollen und den Dialog mit ihm da abzubrechen, wo wir ihn haben oder zumindest haben könn-en, nämlich in den Vereinten Nationen, würde die Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Ganz abgesehen von diesen Überlegungen: Es wäre auch rein faktisch das Verkehrteste, die Weltorganisation allein der Gegenseite zu überlassen. Die Sowjets versuchten einmal Ähnliches in der Periode der ame-rikanischen Dominanz in den Vereinten Nationen. Sie blieben 1950, beim Ausbruch des Korea-Konflikts, den Sicherheitsrats-sitzungen fern. Der Erfolg war: Der Sicherheitsrat entsandte VN-Truppen gegen Nordkorea — und die Sowjets versäumten seither keine Sicherheitsratssitzungen mehr.

Nicht Rückzug aus den Vereinten Nationen, sondern aktive Politik des Westens in den Vereinten Nationen muß die Pa-rolle sein. Was bedeutet dies konkret? Die Bundesregierung wird jetzt den Verlauf der 29. Generalversammlung im Detail analysieren müssen. Ich kann deshalb hier vorerst nur einige persönliche Gedanken äußern.

1. Die westlichen Länder versuchten in der Vergangenheit einer Konfrontation mit der Dritten Welt in den Vereinten Nationen häufig dadurch auszuweichen, daß sie Resolutions-entwürfen der Dritten Welt unter Vorbehalten im Konsensus-verfahren zustimmten. Dies auch dann, wenn sie den Inhalt dieser Entwürfe für nicht realistisch hielten. Im äußersten Fall enthielten sie sich der Stimme. Mir scheint, die Entwick-lung hat gezeigt, daß Ausweichen auf längere Sicht die Kon-frontation nicht vermeidet. Wir müssen deshalb in jedem Ein-zelfall prüfen, ob der Vorschlag, dem wir zustimmen sollen, einen tragfähigen Kompromiß darstellt oder ob es sich um einen »falschen Konsensus« handeln würde. Die Resolutionen stellen zwar kein völkerrechtliches, aber doch ein politisches und moralisches Bezugssystem her. Der Westen kann sich dem nur entziehen, wenn er klar Nein gesagt hat. Die Bundes-republik Deutschland hat schon in der 29. Generalversammlung nach dieser Erkenntnis zu handeln begonnen. Während wir in der Sondergeneralversammlung im April 1974 den Resolutio-nen über eine neue Weltwirtschaftsordnung noch im Kon-sensusverfahren mit Vorbehalten zustimmten, haben wir in der 29. Generalversammlung bei der Charta der wirtschaft-lichen Rechte und Pflichten ebenso wie die USA und Groß-britannien mit Nein gestimmt.

2. Wir haben die Hoffnung, daß eine klare Politik heilsame Wirkung hat. Die Vereinten Nationen sind kein Parlament, sondern eine Versammlung souveräner Staaten. Eine nume-rische Mehrheit von VN-Mitgliedern kann also nicht die Min-derheit zwingen, etwas zu tun, was diese ablehnt. VN-Resolutio-nen sind völkerrechtlich lediglich Empfehlungen. Sie könn-en praktische Relevanz nur dann erlangen, wenn die Minder-heit, von deren Mitwirkung die Verwirklichung der Resolutio-nen abhängt, zu dieser Mitwirkung bereit ist. Forderungen lassen sich in den Vereinten Nationen also nicht durch Ab-stimmungssiege einer Staatengruppe über die anderen ver-wirklichen, sondern nur dadurch, daß ein echter Konsensus erreicht wird, der von einer Staatenmehrheit getragen wird, die *alle* Interessengruppen vertritt. Eine klare Haltung der westlichen Länder und die Bereitschaft, wenn nötig, auch Nein zu sagen, kann vielleicht dazu beitragen, daß diese Erkennt-nis sich in den Vereinten Nationen durchsetzt. Dies könnte die Gemäßigten im Lager der Dritten Welt stärken.

3. Es ist jedoch *auch* deutlich: Eine solche Politik der klaren Haltung kann die erhoffte mäßigende Wirkung nur haben, wenn sie auf der anderen Seite mit einer positiven Politik der Kooperationsbereitschaft verbunden ist. Dies bedeutet, daß wir gerade auch im wirtschaftlichen Bereich bereit sein müssen, einen wirklichen Dialog mit der Dritten Welt aufzunehmen. Die alte Wirtschaftsordnung, der die Welt in den ersten 25 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ein unerhörtes Wachstum von Produktion und Handel verdankt, sieht sich in wesentlichen Teilen Veränderungen ausgesetzt. Was übrigbleibt, bietet keine ausreichende Sicherheit mehr, daß die Welt nicht noch einmal — wenn auch aus anderen Gründen — in eine Wirtschaftskrise hineinschlittert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Ordnung für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen so fortzuentwickeln, daß sie der neuen Lage und den neuen Problemen gerecht wird. Eine solche Ordnung muß auch legitime Interessen der Dritten Welt akkommodieren. Es wird Fälle geben, wo sich diese Interessen so berücksichtigen lassen, daß sich zumindest längerfristig für beide Seiten Gewinne ergeben. Es wird andere Fälle geben, wo die Industrieländer im Vergleich mit der »guten alten Zeit« Opfer bringen müssen. Aber wer diese Opfer scheut, muß sich klar darüber sein, die Alternative ist wachsende Konfrontation zwischen Nord und Süd mit der Gefahr eines Wirtschaftskrieges. In diesem Fall aber dürften die Kosten für alle Beteiligten weit höher sein als die Opfer, die eine Kompromißlösung von beiden Seiten verlangt.

4. Unsere VN-Politik muß also dazu beitragen, daß die Vereinten Nationen nicht ein Schauplatz des Nord-Süd-Konflikts bleiben, sondern zu einem Forum werden, in dem beide Seiten zur Lösung der Probleme einer interdependenten Welt zusammenarbeiten. Dies setzt Maßhalten und Realismus der Dritten Welt bei ihren Forderungen voraus. Wir können solches Maßhalten jedoch nur erwarten, wenn wir auch selbst Aufgeschlossenheit und — in zumutbarem Ausmaß — Opferbereitschaft beweisen.

IV

Ich möchte dieser allgemeinen Sicht der heutigen Situation in den Vereinten Nationen zum Schluß noch einige kurze

Bemerkungen anfügen, die einigen spezifischen Fragen *unserer* Rolle in den Vereinten Nationen gelten:

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß wir in einer Versammlung von 138 Staaten nicht allein operieren können, sondern nur im Verbund mit anderen. Im Vordergrund steht für uns natürlich die Zusammenarbeit mit den anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Diese Zusammenarbeit war in der 29. Generalversammlung noch intensiver und enger als in den Vorjahren. Darauf deutet schon ein Vergleich der Abstimmungsergebnisse im Plenum hin: 1972 stimmten hier die Neun in 67 vH der Fälle einheitlich, 1973 in 60 vH und 1974 in 78 vH der Fälle. Ebenso nahmen die zu, wo die Neun zu Abstimmungen eine gemeinsame Erklärung abgaben: 1972 waren es zwei gemeinsame Erklärungen, 1973 waren es vier, 1974 nicht weniger als zwölf; Gelegenheiten, bei denen sie, im wahrsten Sinne des Wortes, mit einer Stimme sprachen.

Enge Kontakte bestehen naturgemäß in allen Fragen auch zu den USA. In der 29. Generalversammlung haben wir in der Korea-Debatte den amerikanischen Resolutionsentwurf mitgebracht, mit dem es gelang, die chinesisch-algerische Initiative auf Rückzug aller VN-Truppen aus Südkorea abzublocken. Die Neun stimmten dabei geschlossen für den amerikanischen Entwurf; Großbritannien und die Niederlande gehörten wie wir zu den Miteinbringern. Wir unterstützten ebenso die amerikanische Position in der Kambodscha-Frage, wiederum gegen eine chinesisch-algerische Initiative, die darauf gerichtet war, die Delegation der Lon Nol-Regierung aus den Vereinten Nationen auszustoßen und den kambodschanischen VN-Sitz an Sihanouk zu geben.

Ein Sonderproblem der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen ergibt sich aus der Deutschland-Frage. Wir müssen vermeiden, daß die Völkergemeinschaft den Eindruck erhält, wir hätten uns mit der Zustimmung zur deutschen Doppelmitgliedschaft in den Vereinten Nationen mit der Teilung abgefunden.

Bundeskanzler Brandt, Außenminister Scheel und Außenminister Genscher haben deshalb in den beiden vergangenen Generalversammlungen jeweils zu Beginn klar betont, daß die Bundesrepublik Deutschland weiterhin das Ziel verfolgt,



Das Bild zeigt die rechte Seite der Zuhörerschaft während des Vortrags des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vor der DGVN in Bonn. Man sieht in der ersten Reihe von links Frau Waldheim, u. a. ferner die Staatssekretäre Dr. Frank vom Bundespräsidialamt und Dr. Gehlhoff vom Auswärtigen Amt, beide durch langjährigen Aufenthalt bei der deutschen UNO-Botschaft in New York exquisite Kenner der Vereinten Nationen, sodann Professor Partsch, Vorstandsmitglied der DGVN und jetziges deutsches Mitglied in der Kommission der Vereinten Nationen gegen Rassendiskriminierung, weiterhin gleichfalls mit Brille Staatssekretär Professor Dr. Dr. Kollatz vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Klein, ehemaliger Senatsdirektor und Protokollchef von Berlin und stellv. Vorsitzender der DGVN, sowie Graf Podewils, den Protokollchef des Auswärtigen Amtes. Hinter Frau Waldheim erkennt man Ministerialdirigent Dr. Redies, den jetzigen Leiter der Unterabteilung Vereinte Nationen im Auswärtigen Amt.

auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Wir werden uns auch durch Gegendarstellungen der DDR nicht davon abhalten lassen, auch künftig zur deutschen Frage Stellung zu nehmen, wo wir dies für richtig halten. Wir müssen allerdings wissen, von den Vereinten Nationen war und ist gegenwärtig keine Lösung der deutschen Frage zu erwarten.

Zwischen den beiden deutschen Delegationen in den Vereinten Nationen bestehen korrekte Beziehungen. Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit sind aufgrund der Zugehörigkeit beider Staaten zu verschiedenen Wirtschaftsgruppierungen und Bündnissystemen naturgemäß selten. In diesem Jahr brachten wir und die DDR zusammen mit Österreich einen gemeinsamen Resolutionsentwurf ein, mit dem wir die Übersetzung der wichtigsten VN-Dokumente in die deutsche Sprache erfolgreich beantragten.

Aus der deutschen Teilung ergibt sich ferner ein besonders starkes Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Verwirklichung der Menschenrechte. Wir treten für dieses Ziel auch in den Vereinten Nationen ein. Die heutige Realität der Vereinten Nationen setzt uns hier jedoch einen engen

Spielraum. Wenn die Mehrheit in den Vereinten Nationen von Menschenrechten spricht, so steht für sie etwas anderes als für uns im Vordergrund. Wir denken an die Rechte des Einzelnen, die Dritte Welt hat die Rechte einer Gruppe im Auge, das heißt konkret die Kollektivrechte der farbigen Einwohner in Südafrika und Südrhodesien sowie die Kollektivrechte der Palästinenser in Israel. Das Menschenrechtsthema hat sich also zu einem Nebenschauplatz des Kampfes gegen Kolonialismus und Rassismus und des Nahostkonflikts entwickelt. Vielleicht können wir hoffen, wenn diese Konflikte gelöst sind, daß unser Thema der Individualrechte größere Resonanz bei der Mehrheit findet.

Lassen Sie mich zum Schluß feststellen:

- > Die Vereinten Nationen sind in eine Phase der Veränderung eingetreten,
- > sie sind dennoch — oder gerade deswegen — heute nötiger denn je,
- > die Grenzen des Tragbaren aufzuzeigen, wird Aufgabe dieses Jahres sein,
- > für uns darf es nicht heißen: Konfrontation, sondern muß es bedeuten: Kooperation.

Neue Internationale Wirtschaftsordnung im Industriebereich?

UNIDO-Generalkonferenz in Lima wirft ihre Schatten voraus

EBERHARD KURTH

Der Autor, seit Jahren beruflich mit den Organisationen des UN-Systems befaßt, gewann während seiner Tätigkeit an der deutschen Vertretung bei den internationalen Organisationen in Wien vertieften Einblick in die Struktur und Arbeitsweise der UNIDO. Als zuständiger VN-Referent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist er nunmehr mit der Koordinierung der deutschen Vorbereitungen für die Lima-Konferenz betraut und hat in dieser Eigenschaft an allen Vorkonferenzen teilgenommen. Der nachstehende Beitrag enthält dennoch ausschließlich persönliche Auffassungen des Verfassers.

I. Vorgeschichte und Zielsetzung der Konferenz

Die Vorbereitungen für die 2. Generalkonferenz der VN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO)¹ laufen auf volle Touren. Mehr als 140 Staaten wurden für die Zeit vom 12. bis 26. März 1975 nach Lima eingeladen. Die peruanische Regierung hat sich die Ausrichtung dieses entwicklungspolitischen Großereignisses etwas kosten lassen und aus diesem Anlaß sogar ein neues Konferenzzentrum errichtet.

Die erste Konferenz der UNIDO ähnlichen Ausmaßes fand im Jahre 1971 am Sitz der Organisation in Wien statt. Sie war jedoch in ihrer Zielsetzung wesentlich bescheidener. Seinerzeit ging es darum, diese relativ junge VN-Organisation einer allgemeinen Überprüfung zu unterwerfen, die das Ziel hatte, durch geeignete Beschlüsse die Effizienz der von ihr geleisteten Arbeit zu steigern und neue Wege zu suchen. Sie war eher konzipiert als eine erste Generalkonferenz von der Art, wie sie auch von anderen VN-Fachorganisationen regelmäßig abgehalten werden, und befaßte sich fast ausschließlich mit den Problemen der Organisation selbst, ihrer zukünftigen Ausrichtung und mit dem Beitrag, den die UNIDO im Rahmen des VN-Entwicklungssystems zur Förderung des Industrialisierungsprozesses der Entwicklungsländer leisten könnte. Die im Konsensus verabschiedete Schlußresolution² enthält dementsprechend eine Reihe von Empfehlungen, die in erster Linie auf eine Verbesserung und Straffung des VN-Systems für die Hilfe im industriellen Bereich und die Lösung offener

organisatorischer Probleme der UNIDO gerichtet waren. Vor allem zielten die verabschiedeten Empfehlungen auf die Entwicklung einer langfristigen Strategie für die praktische Arbeit der UNIDO ab. Denn in allen Ländergruppen herrschte der Eindruck vor, daß es der UNIDO nach einer geschlossenen Konzeption für ihre Aktivitäten fehle.

Die ursprüngliche Forderung der Entwicklungsländer, regelmäßige Generalkonferenzen dieser Art abzuhalten, um in gewissen Zeitabständen allen teilnahmeberechtigten Staaten die Möglichkeit zu geben, an der Gestaltung der Arbeiten dieser universellen VN-Organisation mitzuwirken, wurde von den Industrieländern nicht akzeptiert. Es wurde jedoch im Wege des Kompromisses dahingehend Einigkeit erzielt, 1974/75 eine weitere UNIDO-Generalkonferenz abzuhalten, die u. a. dazu dienen sollte, die zur Mitte der Zweiten VN-Entwicklungsdekade erreichten Fortschritte der Entwicklungsländer im industriellen Bereich zu überprüfen und die bis dahin zu entwickelnde langfristige Strategie für die Arbeiten der UNIDO sowie deren organisatorische Struktur erneut zu diskutieren. Bereits 1972 traf die 27. VN-Vollversammlung eine weitere Grundsatzentscheidung³, in dem sie den Zeitpunkt für die Konferenz auf das Frühjahr 1975 festlegte. Gleichzeitig betraute sie den Rat für industrielle Entwicklung und dessen Ständigen Ausschuß damit, die Konferenz vorzubereiten, einschließlich der Aufstellung einer Tagesordnung und der Ausarbeitung von Vorschlägen und Empfehlungen. Schon im Frühstadium der Vorbereitungsarbeiten zeichnete sich deutlich ab, daß die Entwicklungsländer von dieser nächsten UNIDO-Generalkonferenz erheblich mehr erwarteten als nur die routinemäßige Überprüfung der erreichten Fortschritte im Rahmen der allgemeinen Untersuchungen über die Erreichung der Zielsetzungen für die zweite VN-Entwicklungsdekade. Bei den Verhandlungen über die Tagesordnung versuchten sie die Verabschiedung einer internationalen Deklaration über die Industrialisierung der Entwicklungsländer zum Zentralthema für die Konferenz zu machen⁴. Der anfangs erfolgreiche Widerstand der westlichen Industrieländer gegen eine solche Deklaration wurde schließlich unter wachsendem politischen